

W O R T P R O T O K O L L

der 68. Sitzung des Ausschusses für Inneres, Bau und Digitalisierung
am Donnerstag, dem 6. Juni 2024, 9:01 Uhr,
Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitz: Abg. Ralf Mucha

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung zum
Gesetzentwurf der Landesregierung
**Entwurf eines Gesetzes zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung medien-
rechtlicher Staatsverträge (Fünfter Medienänderungsstaatsvertrag)**
- Drucksache 8/3556 -

Innenausschuss

hierzu: Ausschussdrucksachen 8/681, 8/699, 8/705

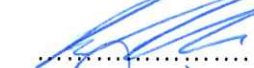
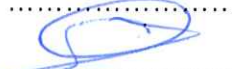
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
8. Wahlperiode
- Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung -

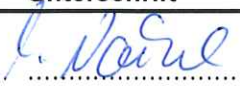
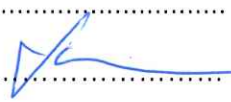
Anwesenheitsliste

68. Sitzung am 6. Juni 2024, 9:00 Uhr,
Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitzender: Abg. Ralf Mucha (SPD)
Stellv. Vors.: Abg. Jan-Phillip Tadsen (AfD)

1. Abgeordnete

Fraktion	Ordentliche Mitglieder Name	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder Name	Unterschrift
SPD	Albrecht, Rainer		Barlen, Julian	
	Brade, Christian		Beitz, Falko	
	Kaselitz, Dagmar		da Cunha, Philipp	
	Lange, Bernd		Falk, Marcel	
	Mucha, Ralf		Gundlack, Tilo	
	Tegtmeier, Martina		Miraß, Heiko	
			Stamer, Dirk	
			Winter, Christian	
AfD	Kramer, Nikolaus		Förster, Horst	
	Tadsen, Jan-Phillip		Meister, Michael	
			Schneider, Jens-Holger	
			<i>de Jesus Fernandez</i> 	
CDU	Reinhardt, Marc		Diener, Thomas	
	von Allwörden, Ann Christin		Ehlers, Sebastian	
			Hoffmeister, Katy	
			Liskow, Franz-Robert	
			Peters, Daniel	
			Waldmüller, Wolfgang	

Fraktion	Ordentliche Mitglieder Name	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder Name	Unterschrift
DIE LINKE	Noetzel, Michael		Albrecht, Christian	
			Bruhn, Dirk	
			Foerster, Henning	
			Koplin, Torsten	
			Pulz-Debler, Steffi	
			Rösler, Jeannine	
			Schmidt, Elke-Annette	
			Seiffert, Daniel	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN				
	Oehrich, Constanze		Damm, Hannes	
			Shepley, Anne	
			Dr. Terpe, Harald	
			Wegner, Jutta	
FDP	Wulff, David		Becker-Hornickel, Barbara	
			Domke, René	
			Enseleit, Sabine	
			van Baal, Sandy	

2. Ministerien und sonstige Behörden

[illegible]

3. Referenten / Sonstige Teilnehmer

Einrichtung (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung/ Funktion (in Druckschrift, nicht abgekürzt)	Unterschrift
SPD-Fraktion	Stein, Martin	Referent	
SPD-Fraktion	Dr. Ekobe, Jeannot Moukouri	Referent	
SPD-Fraktion	Helm-Angrick, Jana	Referentin	
AfD-Fraktion	Fessler, Wendelin	Referent	
AfD-Fraktion	Jenniches, David	Referent	
CDU-Fraktion	Hardt, Doreen	Referentin	
CDU-Fraktion	Hafemeister, Sebastian	Referent	
Fraktion DIE LINKE	Albrecht, Florian	Referent	
Fraktion DIE LINKE	Spriewald, Ute	Referentin	
Fraktion DIE LINKE	Müller, Tobias	Referent	
Fraktion B90/DIE GRÜNEN	Mattern, Ingrid	Referent*in	
Fraktion B90/DIE GRÜNEN	Peter Madjarov	Referent	
FDP-Fraktion	Greil, Ines	Referentin	
FDP-Fraktion	Breustedt, Johann	Referent	
FDP-Fraktion	Gießler, Niklas	Referent	
Fraktion DIE LINKE	Rachwitz, Susina	Referentin	
Fraktion Die Linke	Kohlmann, Sebastian	Praktikant	
.....			
.....			
.....			
.....			
.....			
.....			
.....			
.....			
.....			

Öffentliche Anhörung
des Ausschusses für Inneres, Bau und Digitalisierung
am 6. Juni 2024

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
**Entwurf eines Gesetzes zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung
medienrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Medienänderungsstaatsvertrag)**
- Drucksache 8/3556 -

Anzuhörende	Name/Vorname (Druckschrift)	Unterschrift	Funktion
Landkreistag M-V	Absage		
Städte- und Gemeindegtag M-V	Absage		
Medienanstalt M-V	Lingnau, Bert	Bert Lingnau	Direktor
Universität Rostock	Absage		
Vorsitzende des Medien- ausschusses	Nachtwahl, Sandra	Nachtwahl	
Center for User Rights der Gesellschaft für Menschenrechte	Absage		
Greifswald TV GmbH	Max Merkel	M	

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung zum

Gesetzentwurf der Landesregierung

Entwurf eines Gesetzes zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Medienänderungsstaatsvertrag)

- Drucksache 8/3556 -

Vors. **Ralf Mucha**: Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie alle ganz herzlich zur 68. Sitzung des Ausschusses für Inneres, Bau und Digitalisierung. Einziger Punkt der Tagesordnung ist die öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Medienänderungsstaatsvertrag) auf Drucksache 8/3556. Hierzu liegen Ihnen folgende Ausschussdrucksachen vor: Die Ausschussdrucksache 8/681, 8/699 und 8/705. Bevor wir mit der Anhörung beginnen, möchte ich darauf hinweisen, dass dies eine öffentliche Anhörung ist. Es ist den Zuschauern jedoch nicht gestattet, Beifall oder Missfallen zu äußern. Ich bitte darum, sich entsprechend zu verhalten. Ich begrüße ganz herzlich alle Gäste und Anzuhörenden. Ganz besonders danke ich den Anzuhörenden, dass Sie es ermöglicht haben, uns heute für unsere Fragen zur Verfügung zu stehen. Dem Ausschuss liegen schriftliche Stellungnahmen der Anzuhörenden vor. Vielen Dank, dass Sie diese im Vorfeld eingereicht haben. Diese Stellungnahmen sind an die Mitglieder des Ausschusses als Ausschussdrucksache verteilt worden. Ich möchte alle heutigen Teilnehmer bitten, immer das Mikrofon einzuschalten, wenn sie sprechen. Außerdem bitte ich Sie, Ihr Mikrofon stumm zu schalten, solange Sie keinen Redebeitrag halten. Nun zum Ablauf der Sitzung. Zu Beginn erhält jeder Anzuhörende zunächst die Gelegenheit zu einem Eingangsreferat von circa fünf bis sieben Minuten. Ich werde dazu die Anzuhörenden nacheinander aufrufen. Die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen brauchen dabei nicht verlesen zu werden. Diese liegen, wie gesagt, den Abgeordneten vor. Sie können aber selbstverständlich Schwerpunkte setzen und weitergehende Ausführungen machen. Anschließend werden wir in die Fragerunde für die Abgeordneten einsteigen, um im Gespräch noch Einzelheiten zu erörtern und bestimmten Fragen näher nachzugehen. Letzte Bitte von mir, immer das Mikrofon einzuschalten, sowohl beim Referat als auch in der Debatte, weil dies erforderlich für die Protokollierung Ihrer Beiträge ist. Die Fraktion der FDP hat die Erstellung eines Wortprotokolls beantragt, so-

dass wir entsprechend verfahren werden. Lassen Sie uns nun mit den Eingangsreferaten beginnen. Zunächst erteile ich Herrn Bert Lingnau das Wort von der Medienanstalt M-V. – Herr Lingnau, Sie haben das Wort.

Bert Lingnau (Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern): Vielen Dank für die Einladung! Sie haben meine Stellungnahme einsehen können, kurze anderthalb Seiten. Die will ich nicht in den wortwörtlichen Ausführungen wiederholen. Ich will aber auf einen zentralen Punkt hinweisen, den ich dort angeregt habe oder angeführt habe oder zur Diskussion gestellt habe. Das vorliegende, zur Abstimmung stehende Gesetzeswerk ist aus meiner Sicht gut gearbeitet, sachorientiert formuliert, redaktionell sauber an die neuen EU-Vorschriften angepasst. Es gibt einen Punkt, über den ich intensiver mit Ihnen gerne ins Gespräch kommen würde. Das ist die regionale Berichterstattung. Es gibt ja in diesem Entwurf in § 59 Absatz 4 eine Regelung, die Regionalfenster in den großen privaten, kommerziellen Fernsehprogrammen betrifft. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen, die beiden größten kommerziellen Fernsehprogramme in Deutschland sind im Augenblick RTL, das Programm RTL und das andere Fernsehprogramm SAT.1. In der Vergangenheit hat aber SAT.1 zunehmend an Zuschauern verloren und es droht im Augenblick das Szenario, dass SAT.1 auf den dritten Platz zurückfällt und das Programm VOX zweites reichweitenstärkstes Programm wird. Das Problem dabei ist, dass VOX auch zur RTL-Gruppe gehört. Das heißt also, wenn man da jetzt nichts ändern würde, dass die beiden reichweitenstärksten Programme von einem Unternehmen kämen und die regionale Berichterstattung möglicherweise einseitig oder nicht mehr vielfältig genug wäre. Deswegen hat man jetzt eine Regelung, die sinnvoll ist aus meiner Sicht, hineingenommen, dass man weggeht von der Regelung, die die reichweitenstärksten Programme betrifft, hin zu reichweitenstärksten Unternehmen, Medienunternehmen. Dann bliebe nämlich gewährleistet, dass auch ProSiebenSat.1 als Unternehmen, als zweites reichweitenstärkstes Unternehmen, ein Regionalfenster produzieren müsste neben der RTL-Gruppe. Warum ist regionale Berichterstattung so wichtig? Sie kennen alle die Programme SAT.1 und RTL. Die senden seit über 20 Jahren sogenannte regionale Fenster. Das sind halbstündige Sendungen, die auf SAT.1 montags bis freitags um 17:30 Uhr bis 18:00 Uhr ausgestrahlt werden, wo aus den Regionen vertieft berichtet wird. Bei RTL läuft das von 18:00 Uhr bis 18:30 Uhr von Montag bis Freitag. Das Problem bei diesen Regionalfenstern ist, dass diese nicht

in allen Bundesländern verbreitet werden. Sie werden vor allen Dingen in den westlichen Bundesländern verbreitet, in Teilen von Baden-Württemberg aber nicht und auch im Saarland nicht und auch in den ostdeutschen Bundesländern nicht. Es fehlt dort diese regionale Berichterstattung. Das ist ein halbstündiges Magazin, das müssen Sie sich vorstellen, nicht so informationsintensiv, aber doch von der Machart her wie das Nordmagazin, wo eben aus den Regionen berichtet wird. Das fehlt bei uns bisher in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg, in Thüringen. Es gab in der Vergangenheit immer wieder auch Diskussionen und auch Forderungen der ostdeutschen Bundesländer, das zu ändern. Das ist aus verschiedenen Gründen gescheitert, aus nachvollziehbaren Gründen gescheitert, weil sich alle 16 Landtage darauf einigen müssen, das einzuführen. RTL und SAT.1 haben sich da auch gegen gewehrt, weil das natürlich mit Mehrkosten für die verbunden ist. Und es gab einen dritten Grund, warum man da auch nicht weitergekommen ist. Werden wir vielleicht nachher in der Diskussion auch noch genauer darauf eingehen. Wir im Osten, auch in Mecklenburg-Vorpommern, haben ja sehr viele, zum Glück, noch sehr viele regionale und lokale TV-Veranstalter. Wenn man jetzt dort einen Regionalfenster von SAT.1 und RTL noch mit reinschalten würde, würde das möglicherweise neue Konkurrenz bedeuten, möglicherweise Werbekunden abziehen. Deswegen hat man sich da auch bisher zurückgehalten. Ein Vorschlag, den ich unterbreite in der Stellungnahme, ist, dass man möglicherweise die beiden großen Unternehmen, die privaten Unternehmen, die RTL-Gruppe und ProSiebenSat.1 dazu verpflichtet, gesetzlich eine Abgabe zu leisten an die Bundesländer, in denen diese Regionalfenster nicht stattfinden. Diese Abgabe könnte dann über die Landesmedienanstalten an die jeweiligen in den Bundesländern vorhandenen lokalen TV-Veranstalter staatsfern weiter ausgereicht werden. Dieser Vorschlag ist in den vergangenen Jahren auch immer wieder, nicht nur von mir, auch von anderen Landesmedienanstalten, gemacht worden. Er ist bisher auch immer daran gescheitert, dass eben 16 Landesparlamente dem zustimmen müssen. So viel vielleicht zur Einführung.

– Vielen Dank!

Vors. **Ralf Mucha:** Schönen Dank, Herr Lingnau, für Ihre Ausführungen! Dann begrüße ich in unserer Runde die Vorsitzende des Medienausschusses, Frau Sandra Nachtweih. – Frau Nachtweih, Sie haben das Wort.

Sandra Nachtweih (Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern): Sehr geehrter Herr Vorsitzender Mucha! Sehr geehrte Damen und Herren des Innenausschusses! Ich danke Ihnen für die Möglichkeit, eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf abgeben zu können. Seit 2022 habe ich die Ehre, den Medienausschuss der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern zu leiten. In dieser Funktion befasse ich mich intensiv mit den zahlreichen neuen Themen im Bereich des privaten Rundfunks, im Radio und Fernsehen, sozialen Medien, Künstliche Intelligenz sowie Medienkompetenz und Bildung. Die geplante Anpassung des Medienstaatsvertrages wird in der Stellungnahme des Direktors der Medienanstalt befürwortet, der ich mich in diesen Punkten auch anschließe. Auch ich unterstütze grundsätzlich die Anpassung, bin jedoch der Meinung, dass diese insbesondere im Hinblick auf die ostdeutschen Bundesländer erneut zu kurz greifen. Herr Lingnau hat ja dazu auch schon ausgeführt. Es wird vorgeschlagen, im § 59 Absatz 4 Medienstaatsvertrag regionale Fenster für die Berichterstattung bei RTL und SAT.1 lediglich auf die beiden reichweitenstärksten privaten Unternehmen zu beschränken. Wie Sie sicherlich wissen, haben wir uns im Medienausschuss stark für die lokalen kommerziellen Fernsehanbieter eingesetzt, deren Finanzierung bei weitem nicht mehr gesichert war. Diese neuen Fernsehprogramme berichten aus Greifswald, Güstrow, von Rügen, Stralsund, Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, aus dem südlichen Vorpommern, von Usedom und aus Wismar aus ihrem jeweiligen Gebiet und bieten damit eine essentielle lokale Berichterstattung über das lokale, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben. Dies ist für die Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Heimat immens wichtig, stärkt die Bindung sowie die Aktivitäten im eigenen Wirkungskreis und dient auch der Demokratiebildung und -bindung. In Zeiten von Fake News und anderen Berichterstattungen in Social Media finde ich eine seriöse lokale Berichterstattung umso bedeutender für die Informationen an die Bevölkerung. Wir sind froh, dass Mittel aus den Landeshaushalten für die Jahre 2024 und 2025 eingeplant wurden, um die lokalen Fernsehanbieter zu unterstützen. Wir danken ausdrücklich den Abgeordneten unseres Landtages, die sich aktiv dafür eingebracht haben und dem Ansinnen zugestimmt haben. Aktuell befinden wir uns in einem intensiven Diskussionsprozess darüber, wie und unter welchen Bedingungen diese Mittel verteilt werden können. Sollte diese wichtige Säule der regionalen Berichterstattung wegfallen, bliebe in Mecklenburg-Vorpommern nur noch das Regionalfenster des NDR, der mit seinem Nordmagazin täglich über Ereignisse in unserem Bundesland berichtet. Aus eigener Erfahrung, ich komme aus dem östlichen Bereich, ich komme aus der

Nähe von Pasewalk, weiß ich jedoch, dass die Berichterstattung hier aufgrund der eingeschränkten Zeit und der ländlichen Prägung unseres Bundeslandes nur begrenzt möglich ist. In Regionen ohne Außenstudios des NDR ist die Berichterstattung zudem noch eingeschränkter, da die weiten Anfahrten viel Zeit in Anspruch nehmen und so eine Berichterstattung oftmals nicht zulassen. Dem Wunsch der Bevölkerung nach lokaler Berichterstattung kann so nicht adäquat nachgekommen werden. Aus der Funkanalyse Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahr 2021 geht hervor, dass die Reichweiten der lokalen Fernsehanbieter sehr erfreulich und gestiegen sind. Fast 700.000 Einwohner über 14 Jahre konnten Lokal-TV empfangen und 88 Prozent davon nutzten dieses auch tatsächlich. Ein zunehmender Anteil der Berichterstattung über Webseiten und Livestreams, 2021 waren es bereits 14 Prozent. Auch dies verursacht zusätzliche Kosten, die die lokalen TV-Anbieter nicht allein aus eigenen Einnahmen decken können. Wir würden uns sehr freuen, wenn die beiden deutschlandweit großen, reichweitenstärksten privaten Unternehmen, die keine lokale Berichterstattung bieten, gesetzlich verpflichtet werden würden, anstatt dessen Mittel an die jeweiligen Bundesländer, beispielsweise über die Medienanstalten, zur Verfügung zu stellen. Dies würde eine bessere Finanzierung der Regionalanbieter im Fernsehbereich mit ermöglichen und den Landeshaushalt unseres Bundeslandes dann entlasten. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie dieses Anliegen zum Erhalt der Medienvielfalt in unserem Bundesland mitnehmen und mit Unterstützung der anderen ostdeutschen Bundesländer intern intensiv besprechen. Uns ist bewusst, dass aufgrund der Bevölkerungsanzahl in den ostdeutschen Bundesländern im Vergleich zu den weiteren Bundesländern eine positive, mehrheitliche demokratische Entscheidung schwierig ist. Wenn ich persönlich gerade die politische Stimmungslage hier vor Ort verfolge, halte ich es für noch wichtiger, dass die Bedürfnisse der Menschen vor Ort mehr aufgegriffen und thematisiert werden sollten und nicht allein in anderen Mehrheiten überlassen werden dürfen. Vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme und einen guten weiteren Verlauf!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Nachtweih, für Ihre Ausführungen! Dann begrüße ich in unserer Runde den Geschäftsführer der Greifswald TV GmbH, Herrn Heinz Fritz Max Merkel. – Herr Merkel, Sie haben das Wort.

Heinz Fritz Max Merkel (Greifswald TV GmbH): Vielen Dank! Ich bedanke mich natürlich auch für die Möglichkeit, überhaupt hier zu sprechen. Dieser Gesetzentwurf ist jetzt für uns in unserer täglichen Arbeit nicht so tiefgreifend, weil wir ja natürlich völlig andere Ansätze haben. Und ich habe mir das alles durchgelesen, fand das sehr spannend, aber da fehlen mir auch ein bisschen hier und da die Rechtskenntnis, ob das alles richtig ist, da ein Komma durch einen Punkt zu ersetzen. Aber sei es drum. Die Ansätze, die meine Vorredner hier alle schon hatten, sind natürlich sehr spannend und ich finde es gut, dass man Möglichkeiten auslotet, uns als Lokal TV-Anbieter weiter zu unterstützen. Denn wenn ich rückblickend mal schaue, ich bin jetzt, mit Unterbrechungen, seit 1994 im Lokal TV-Bereich tätig und das hat sich alles entwickelt, gut entwickelt. Es gab richtig gute Jahre und leider waren die vergangenen Jahre nicht so prickelnd für alle, die in unserer Schiene arbeiten. Um eine Zahl zu nennen, es gab vor 20 Jahren noch 385 Lokal TV-Stationen und jetzt sind wir bei 87 bundesweit gelandet. Also was hier bei uns im Land ist, wir können eigentlich sehr glücklich sein, dass es überall in der Region noch einen Lokal TV-Anbieter gibt, die sich alle Mühe geben und die auch in den letzten Jahren, die Corona-Zeit, jetzt die Energiekrise, alles hat uns natürlich tief getroffen. Ich sage das immer, wenn solche Dinge passieren, merken wir das sofort. Also da werden Verträge gekündigt, gemeinsame Projekte gecancelt, weil dann einfach die Leute, Unternehmer sage, du, ich muss mein Geld zusammenhalten und ich muss gucken, wie ich durch die Zukunft komme. Unabhängig davon sind wir natürlich ganz anders als der NDR zum Beispiel tief in der Region verwurzelt. Also wir bekommen bei Greifswald TV und den anderen Stationen in Vorpommern, ich sage mal, am Tag zwischen 300 und 400 E-Mails, wo Leute darum bitten, dass wir zu einer Veranstaltung kommen oder wo Leute darum bitten, dass wir diese Sache begleiten, jene Sache begleiten oder dies oder jenes machen. Das ist eigentlich überhaupt noch mein Antrieb, weil in den letzten Jahren hat sich da so viel verändert. Denn Fernsehen, das ist leider so, geht nicht ohne Menschen. Und wir wissen alle, dass sich das alles entwickelt hat, ob das die Inflation ist oder sonst was. Wenn ich den Lohn, die Lohnabrechnung von vor 15 Jahren sehe und heute, dann hat sich das verdoppelt und das wird immer schwieriger darzustellen gegenüber dem Kunden und eine oft gebrachte Antwort ist: Ihr seid aber teuer. Und wenn ich dann natürlich mich hinsetze und erläutere, tatsächlich so und so stellt sich das dar und setzt sich das zusammen, dann sind die Kunden meistens schon wieder sehr zufrieden. Und diese tiefe Verwurzelung hängt auch damit zusammen, dass sie ganz genau wissen, dass wir unabhängig sind. Das

sowieso. Aber wenn ich wirklich irgendwelche Dinge in die Welt setze, die nicht den tatsächlichen Wahrheiten entsprechen, dann kann ich darauf warten, bis mein Telefon klingelt oder bis einer vor der Tür steht und sagt: Max, was hast du denn hier berichtet? Erklär mal, wie kommt ihr denn auf diese Idee? Das ist natürlich auch ein Zeichen dessen, dass die Bevölkerung uns will. Und wir kriegen also nur positives Feedback, muss ich mal sagen, von denen, was wir da dem Publikum anbieten. Dennoch wird es immer schwieriger. Aber wir haben immer durchgehalten. Aber jetzt sind wir an einer Situation, wo ich sage, wenn ich jetzt noch ein oder zwei Leute entlassen muss, dann muss ich aufhören, weil die, die dann noch arbeiten, die können das Pensum nicht schaffen. Und wir wollen ja auch eine vernünftige Sendung anbieten und noch Nachrichten anbieten und alles. Und das geht halt nur, wenn wir genügend eigene Umsätze generieren, was wir versuchen. Meine Media-Beraterin, die kann ein Lied davon singen, wie oft sie losgeht und schon positive Signale hört und dann wird sich gemeldet und da tut sich gar nichts. Und das sind alles Dinge, die auch ein bisschen schwierig sind. Aber wir sind, ich habe das schon mal gesagt, wir sind also so auf der Selbstausbeutungsschiene schon seit Jahrzehnten unterwegs und machen das auch weiter, weil es auch wirklich Spaß macht. Dieses Lokal TV hat was ganz Besonderes. Wir wissen immer, was in der Gegend läuft, wo Schwerpunkte sind, wo Probleme sind und wir werden auch, wie gesagt, darauf angesprochen. Und insbesondere, wir sind ja nicht nur, wir machen ja nicht nur, ich sage mal, aktuelle Themen, wir machen auch Sport und Kultur und Medizin. Wir haben ja gerade in Greifswald die Uni unterwegs und andere Spezialisten, die da ihre Arbeit tun. Und da gibt es also immer wieder Freude, wenn wir auftauchen, weil natürlich jeder, der irgendwas macht und auch gerne das verbreiten will, sich freut, wenn er auf eine Bühne kommt bei uns und im Kanal, wo wir ausspielen. Nun ist es so, die Diskussion wurde ja auch schon angeschnitten, gerade mit den neuen sozialen Medien und mit allem, was es sonst so gibt, sind wir natürlich vernetzt. Also wir haben, jeder Sender hat bei uns einen eigenen Facebook-Kanal, einen eigenen Instagram-Kanal, wir haben eine gemeinsame Webseite, wir haben Webseiten, wir haben eine App, eine eigene App und auch einen gemeinsamen YouTube-Kanal. Ich glaube, das ist so das, was man alles abdecken muss, weil die letzte Statistik, die ich gehört habe, das ist jetzt ungefähr ein halbes Jahr her, es gucken immer noch 68 Prozent der Leute Fernsehen. Ja, das wird vielleicht bezweifelt, möglicherweise, ich weiß es nicht. Aber sei es drum. Ich habe die Befragung nicht gemacht. Aber deshalb bedienen wir natürlich auch die ganzen anderen Medien. Ich

habe vorhin gerade über Personal gesprochen. Wir haben jetzt zum 1. Juni jemanden eingestellt, der sich nur mit diesem Thema Social Media beschäftigt. Bis jetzt machen das meine Redakteure und Cutter nebenbei und ihr wisst, wie das ist mit nebenbei, da geht viel verloren und wird was vergessen und nicht gemacht und deshalb haben wir jetzt jemanden eingestellt. Wollen wir also unsere eigene Sichtbarkeit erhöhen. Nun gibt es ja in Europa auch andere Modelle, die uns in der langen Zeit, in der ich das schon mache, auch mal vorgestellt wurden und was mir da am besten gefallen hat, vielleicht sind Sie geneigt, sich damit mal zu beschäftigen, dass ist das Schweizer Modell. Das Schweizer Modell hat eine Vielzahl, die haben ja 21 ihre Kantons und in jedem Kanton gibt es einen eigenen Sender. Und diese Sender, da gibt es Vorgaben. Also nicht inhaltlicher Seite natürlich, sondern nur Qualität, technische Betriebsamkeit und all sowas. Und die Universität Zürich evaluiert das alle zwei Jahre. Und wenn das so funktioniert, dann bekommen die weiter die Fördermittel. Das Interessante an der ganzen Geschichte ist, dass es eine Befragung oder einen Volksentscheid gab in der Schweiz, wo die gefragt haben: Wollen wir die Gebühren weiterbezahlen? Und ausschlaggebend dafür, dass die Gebühren bezahlt wurden, war das Vorhandensein dieser Lokal TV-Stationen, weil das natürlich das Bild in der Heimat vermittelt und man sieht, das wollen wir uns unbedingt erhalten. Ich kann das nur empfehlen, einfach mal zu gucken, ob man da eine interessante Variante findet. Und ein letztes Anliegen meinerseits ist, ich arbeite schon seit vielen Jahren sehr gerne und sehr viel mit der Medienanstalt zusammen. Und da gibt es etwas, was mich schon ein bisschen piesackt immer und das ist, dass der NDR aus dem, was der Medienanstalt eigentlich zusteht, 20 Prozent Vorabzug leistet. So heißt das, glaube ich, richtig. Und das ist auch etwas, was ich glaube, wo man drüber nachdenken muss und vielleicht mal *sutje piano*, so Schritt für Schritt versuchen sollte, das abzubauen, um der Medienanstalt auch etwas mehr finanzielle Mittel zu ermöglichen. – Vielen Dank!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Merkel, für Ihre Ausführungen! Wir steigen nun in die Fragerunde ein. – Herr de Jesus Fernandes.

Abg. **Thomas de Jesus Fernandes**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank an die Vortragenden! Mich interessiert tatsächlich, Sie haben ja hier einen Vorschlag gemacht, Herr Lingnau, und zwar, dass man hier ändert, dass die Privaten quasi ein

Stück weit enteignet werden und Abgaben leisten an Sie zur Weiterverteilung staatsfern an die Regional TV. Wir haben ja schon mehrfach gesprochen und das war ja auch immer wieder Thema, auch bei der gemeinsamen Veranstaltung der Staatskanzlei und der Medienanstalt, wo es um die Corona-Hilfen ging, falls Sie sich erinnern. Und wir machen seit 2016 den Vorschlag, Regional TV aus LOTTO-Mitteln zu finanzieren, prozentual verstetigt. Warum wird das nicht aufgegriffen ist meine Frage. Und selbst wenn Sie einen anderen Leitfaden haben oder eine andere Vorstellung interessiert mich, wann haben Sie mit der Staatskanzlei Kontakt aufgenommen? Gab es Gespräche dazu? Weil wir wissen ja, in den Staatskanzleien treffen sich die 16 Länder zusammen, bringen da ein gemeinsames Papier mit dem geringstmöglichen Konsens und dann wird das Ding in erster Lesung hier vorgetragen, dann gibt es keine Änderungen, dann gibt es, Gott sei Dank, mal eine Anhörung dazu, hier schon die zweite und dann wird das Ding unverändert verabschiedet. Also hier wird sich nichts ändern, auch nicht durch diese Anhörung, weil das würde den ganzen Prozess aufhalten. Da interessiert mich: Wann haben Sie als Leiter der Medienanstalt Kontakt aufgenommen zur Staatskanzlei? Gibt es da Gespräche, dass man auch mal anders denkt, eben auch so, wie wir das vorschlagen? Und da interessiert mich tatsächlich auch, was Sie davon halten von diesem Vorschlag alle drei.

Vors. **Ralf Mucha**: Herr Lingnau.

Bert Lingnau: Vielen Dank für die Nachfrage! RTL und SAT.1 werden nicht enteignet. Also das ist damit nicht vorgesehen, sondern sie werden, wenn das Gesetz zustande kommt, was ich für unrealistisch halte, zu einer Abgabe gesetzlich verpflichtet. Das ist was anderes als eine Enteignung. Die Gespräche, wir haben ja in den vergangenen Jahren immer wieder richtig gesprochen. Sie haben auch die Veranstaltungen zu Lokal TV in der Medienanstalt wahrgenommen und die Vorschläge, diese Mittel zur Unterstützung für Lokal TV nicht aus Landesmitteln zu nehmen, sondern aus Mitteln, die LOTTO MV sozusagen ausreicht, ist auch länger bekannt. Wir haben das sowohl mit den Lokal TV-Veranstaltern diskutiert, mehrfach. Die Daten habe ich mir nicht aufgeschrieben. Kann ich Ihnen nicht sagen. Es ist in den vergangenen Jahren immer wieder vorgekommen und haben sozusagen uns da eine Rückmeldung geholt. Haltet ihr das für sinnvoll? Was für Erfahrungen habt ihr mit LOTTO? Kann Herr Merkel vielleicht zu Stellung nehmen, was da sozusagen von LOTTO MV zurückgemeldet worden ist.

Wir haben auch mit der Staatskanzlei mehrfach darüber gesprochen, haben auch intern in der Medienanstalt das überlegt, weil Ihr Vorschlag ja dahingeht, dass diese Mittel staatsferner wären, weil sie keine Landesmittel sind und nicht sozusagen das Geschmäckle bei Ihnen aufkommt, dass durch Landesmittel, die jetzt über die Medienanstalt fließen, eine Berichterstattung politisch einseitig stattfindet. Das ist ja sozusagen die Befürchtung, die Sie auch immer wieder geäußert haben. Wenn die Mittel jetzt von LOTTO MV kämen, wären das ja keine Steuermittel, aber LOTTO MV ist meines Wissens auch ein Landesbetrieb. Also er ist auch nicht staatsfern, wie zum Beispiel die Medienanstalt. Nur zum Verständnis für die Abgeordneten, die den Stand und den rechtlichen Status einer Medienanstalt vielleicht nicht so parat haben. Die Medienanstalt ist eine vom Land völlig und auch vom Bund völlig unabhängige Behörde. Wir werden nicht finanziert durch Steuermittel, sondern wir werden finanziert durch Rundfunkbeiträge. Wir haben sozusagen keine Vorgaben, was wir umzusetzen haben, sondern sind eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Recht zur Selbstverwaltung und sind für die Aufsicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht zuständig, sondern für den privaten Rundfunk. Deswegen spreche ich auch immer über RTL und SAT.1 und die lokalen privaten Lokal TV-Veranstalter. Und wir sind für die Aufsicht über Telemedien unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern zuständig. Also Ihre Befürchtung, dass die Mittel aus dem Landeshaushalt, dieses Jahr 300.000 Euro, nächstes Jahr 300.000 Euro, ausgereicht über die Medienanstalt an die lokalen TV Veranstalter, zu einer einseitigen Berichterstattung führen, kann ich nicht bestätigen, werde ich zurückweisen auch. Sollte das so kommen, haben wir die Verpflichtung, als staatsferne Medienaufsichtsorganisation das natürlich zu ahnden, zu kontrollieren und möglicherweise mit Bußgeldern zu belegen. Wollen Sie etwas ergänzen, Herr Merkel?

Vors. **Ralf Mucha:** Schönen Dank, Herr Lingnau! Herr Merkel, Sie können gerne ergänzen.

Heinz Fritz Max Merkel: Ja, das Thema LOTTO-Finanzierung über LOTTO, den Gedanken haben wir schon mehrmals diskutiert. Ich hatte auch selber schon die Gelegenheit, darüber mit dem zuständigen Staatssekretär im Finanzministerium zu sprechen. Und da sind wir eigentlich nicht weitergekommen. Da gibt es auch aus meiner Sicht jetzt keinen ursächlichen Grund. Also warum das so ist, ist einfach in der Diskussion nicht dahin gekommen. Am Ende, ich sage mal, ist es unser Vorteil, dass wir die

Medienanstalt haben, weil die Medienanstalt für uns, wenn es denn Geld gibt, aus welchem Topf auch immer, das ausreicht und da ist also die Unabhängigkeit gesichert. Das ist also ganz klar. Egal, wo das Geld herkommt. Ich will vielleicht noch einen Satz von vornhin ergänzen, ich glaube, das ist genau das Thema mit den Medienanstalten, die dann alle zusammensitzen, alle Direktoren und es muss immer Einheit herrschen und so weiter und so fort. Was ja nun in unserem Staat mal so ist. Deshalb vielleicht mein Gedanke noch mal, hilf dir selbst dann, dann weißt du, dass es funktioniert. Also wir müssen, wenn gewollt ist, dass Lokal TV erhalten bleibt, dann müssen wir das hier im Land lösen. Aus welcher Finanzierungsrichtung das kommt, wäre für uns wichtig, dann würden wir das natürlich unterstützen hier und da, wo wir können. Aber ursächlich, denke ich, ist eine Lösung, die unser Land betrifft, die allerbeste. – Danke!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Merkel! Herr de Jesus Fernandes, eine Nachfrage? Ist eine Nachfrage dazu?

Abg. **Thomas de Jesus Fernandes**: Ja.

Vors. **Ralf Mucha**: Dann ja.

Abg. **Thomas de Jesus Fernandes**: Eine Lösung, die unser Land betrifft, wäre das tatsächlich aus den LOTTO-Mitteln. Und ich will meine Sicht ganz kurz noch mal darstellen, warum ich das für eine unabhängige Finanzierung halte. Es macht nämlich einen Unterschied, ob es eine verstätigte Auszahlung dann gibt, zwei Prozent, ich sage es mal, fiktiv werden jährlich ausgeschüttet zur Weiterverteilung über die Medienanstalt oder ob die Medienanstalt Bittsteller ist alle zwei Jahre zur Haushaltsverhandlung in der Staatskanzlei. Das ist ein gravierender Unterschied und er macht deutlich unabhängiger.

Vors. **Ralf Mucha**: Ja, schönen Dank für Ihre Feststellung! Wollen Sie dazu reagieren, Herr Lingnau?

Bert Lingnau: Also unser Ziel ist nicht, Bittsteller zu sein oder Bittsteller zu werden. Das waren wir in der Vergangenheit auch nie. Wir haben Vorschläge unterbreitet, wie

die Landespolitik auf die Sicherung und die Rettung von Lokal TV reagieren könnte. Also das muss ich auch ein Stück weit geradestellen, das ist nicht der Fall.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Lingnau! – Herr Reinhardt.

Abg. **Marc Reinhardt**: Ja, vielen Dank! Ich hätte in der Tat mal drei Fragen. Das mit der Abgabe, wenn Private Private unterstützen, das ist sicherlich schwierig und Sie haben ja selbst gesagt, dass das eher unrealistisch ist bundesweit. Mich würde trotzdem mal interessieren, über was für eine Höhe wir da reden, falls Sie da mal sagen können, wie viel das dann betreffen würde. Oder vielleicht ist man ja auch noch nicht so weit, sich Gedanken zu machen. Dann auch an die Medienanstalt die Frage, es gibt ja in ganz Ostdeutschland keine Regionalfenster, wäre dann vielleicht, das ist mir eben so eingefallen, ein Regionalfenster Ostdeutschland, ist das vielleicht eine Möglichkeit zu sagen oder ist das eher zu weit gefasst? Na klar, eine halbe Stunde für ganz Ostdeutschland ist nicht sehr viel, aber mehr Einwohner als NRW haben wir dann ja auch nicht. Das wäre so meine Frage. Und dann war noch dieser 20 Prozent Vorwegabzug, was Sie gesagt haben, das habe ich vage irgendwo in Erinnerung. Aber vielleicht könnten Sie noch mal sagen, warum macht das der NDR und wofür das? Das wären diese drei Fragen, die ich hätte.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Reinhardt! – Herr Lingnau.

Bert Lingnau: Ja, vielen Dank für die Nachfragen, Herr Reinhardt! Über die tatsächliche Höhe haben wir uns noch keine Gedanken gemacht. Es ist aber so, dass eine halbe Stunde, die am Tag regionale Berichterstattung erzeugt werden muss, sehr teuer ist. Das ist teurer, weil man Reporter losschicken muss, die rausfahren, die Beiträge machen, die moderieren, als wenn man eine halbe Stunde Musik spielt oder ich sag mal, eine Seifenoper zeigt. Regionale oder insgesamt Nachrichtensendungen sind die intensivsten, also die teuersten. Mal zum Vergleich, ob das jetzt auf SAT.1 und RTL eins zu eins übertragbar ist, möchte ich bezweifeln, aber eine Nachrichtenminute zum Beispiel bei der Tagesschau kostet ungefähr 2.000 Euro. Und wenn man das mal 30 jetzt hochrechnet, kommt das auf eine, also es ist mit Kosten verbunden. Deswegen wehren sich RTL und ProSiebenSat.1 ja auch dagegen. Würde ich an deren Stelle

auch machen, weil sie sozusagen natürlich hier Redaktionen vorhalten müssten, wenigstens in Berlin, möglicherweise in Rostock, um den Nordosten abzudecken, möglicherweise in Dresden. Aber die Werbeeinnahmen, die sie hier akquirieren würden, kommen ja bei der geringen Einwohnerzahl auch nicht so zustande wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen. Das ist Punkt eins. Also Kosten hat noch keiner durchgerechnet, sind aber sehr hoch. Die Überlegung, ein Fenster für gesamt Ostdeutschland zu machen, wäre schon mal ein Fortschritt, wäre aber aus meiner Sicht räumlich und regional zu groß. Vielleicht gar nicht mehr so sehr geografisch. Nordrhein-Westfalen ist ja auch ein sehr großes Bundesland und dort wird ja auch nicht aus jeder Kleinstadt, sage ich jetzt mal, von RTL berichtet, sondern die machen ja auch, decken ja bestimmte große Regionen ab. Also zum Beispiel SAT.1 und RTL machen diese Regionalfenster für Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen. Das ist ein Regionalfenster, das ist nicht das Regionalfenster Flensburg oder Lübeck, sondern das Regionalfenster Hamburg/Schleswig-Holstein. Das ist auch eine kulturell und geschichtlich verbundene Region. Diese Regionen in Ostdeutschland gibt es so nicht. Also Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sind sich ähnlicher als der mitteldeutsche Raum. Also es würde sozusagen zu einer problembehafteten, ausgedünnten Berichterstattung kommen. Deswegen halte ich das auch nicht wirklich für eine gute Umsetzbarkeit. Aber es ist eine Idee, über die man weiter nachdenken sollte. Dritter Punkt, der sogenannte Vorwegabzug. Da muss ich ein bisschen in die Geschichte zurückgehen. Also Sie bezahlen alle Rundfunkbeiträge. Früher, bis vor zehn Jahren ungefähr, hießen die GEZ-Gebühren, seitdem heißen sie Rundfunkbeiträge. Diese Rundfunkbeiträge werden eingezogen und werden dann verteilt, in erster Linie an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Nur damit Sie ungefähr eine Vorstellung haben. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk besteht ja in erster Linie aus ARD und ZDF. Die ARD bekommt ungefähr 70 Prozent der Rundfunkbeiträge, die erhoben werden, mit ihren ganzen verschiedenen Landesrundfunkanstalten, den Radioprogrammen und den Fernsehprogrammen. Das ZDF bekommt mit seinen Programmen ungefähr 25 Prozent. Dann sind wir bei 95 Prozent. Dann gibt es noch, dem einen oder anderen intensiven Radiohörer sicherlich bekannt, das Deutschlandradio mit seinen verschiedenen Programmen Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur. Die bekommen ungefähr 3 Prozent. Dann wären wir bei 98 Prozent und die restlichen knapp 2 Prozent, eigentlich sind es nicht voll 2 Prozent, sondern um genau zu sagen 1,8989 Prozent, bekommen die Medienanstalten, nicht in Mecklenburg-Vorpommern nur, sondern bundesweit. Das ist seit vielen Jahren so

geregelt. Das war mal bei 2 Prozent, ist vor einiger Zeit abgeschmolzen worden auf diese 1,8989 Prozent. Und dann hat der Landesgesetzgeber die Möglichkeit, in seinem Bundesland zu gucken, gebe ich diese 1,89 Prozent der Medienanstalt oder gebe ich ihr weniger, mache ich einen sogenannten Vorwegabzug. Das ist in Mecklenburg-Vorpommern ungefähr im Jahr 2000 eingeführt worden. Die Medienanstalt existiert seit 1991, damals noch unter dem Namen Landesrundfunkzentrale und im Jahr 2000 ist vom Landtag, Frau Tovarek wird das besser wissen, ob das genau im Jahr 2000 war, war ein bisschen früher, dann können Sie mich gerne berichtigen. Ungefähr vor gut 20 Jahren ist das sozusagen reduziert worden, dass die Medienanstalt eben nicht mehr 100 Prozent bekommt, sondern nur noch 80 Prozent. Und dieser Vorwegabzug, der dem NDR zur Verfügung gestellt wird, der lässt das nicht in seine Redaktion fließen und das geht auch nicht in den Dienstwagen des Landesfunkhausdirektors, sondern der setzt das sinnvoll ein für die Förderung von Filmproduktionen oder zum Beispiel auch, das ist der überwiegende Teil, für die Förderung von Musikfestivals bei uns im Land und für die Orchesterförderung. Das ist sozusagen die Aufteilung. Nun haben unsere Aufgaben sich ja auch verändert in der Vergangenheit. Wir haben mehr Aufgaben dazu bekommen, Medienaufsichtsfunktionen. Die werden ja hier auch in dem Gesetzesentwurf kurz umrissen. Aber das Geld ist eben bei 80 Prozent geblieben. Das ist der Hintergrund sozusagen, den Herr Merkel skizziert hat. Ich denke jetzt mal theoretisch, wenn wir mehr Mittel aus Rundfunkbeiträgen bekämen, könnten wir möglicherweise auch Rundfunkmittel an die Lokal TV-Veranstalter mehr ausreichen. Das ist sozusagen die Intention, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Merkel, die er gemeint hat. Aber Frau Tovarek kann vielleicht differenzierter sozusagen die Herstellung/Entstehungsgeschichte ... Im Groben und Ganzen stimmt es, ja, okay.

Vors. **Ralf Mucha:** Da Frau Tovarek kein Mikrofon hat, Frau Tovarek hat gerade gesagt, wir haben gerade kurz überlegt, es war alles korrekt, was Sie gesagt haben für das Protokoll, für das Wortprotokoll. – Frau Enseleit. – Entschuldigung, Herr Merkel, ich dachte, Sie hatten angedeutet, dass Herr Lingnau das mitbeantworten kann mit den 20 Prozent. – Aber sehr gerne, Herr Merkel.

Heinz Fritz Max Merkel: Ich wollte nur noch kurz, danke schön, zu den Vorschlägen bezüglich des Gesamtostdeutschen-Halbestundenprogramms sagen, das würde ja noch weiter entfernt sein als das, was der NDR heute macht. Also die halbe Stunde

für M-V, die ja natürlich ein ganzes Land abbilden muss und da kann man auch nicht so tief reingehen, so wie wir das können. Also ich will das auch noch mal betonen, es gibt Ereignisse heute bei uns in Vorpommern, wo nur noch wir kommen, weil die Zeitungen, die machen das alles online, die haben ihre Pressemitteilung, nehmen ein Bild aus dem Archiv und den Rest. Wir sind manchmal schon die Einzigen auf den Pressekonferenzen, weil für uns ist halt wichtig, Bilder einzufangen. Ich kann mit nur einem Bild und einem Text nichts anfangen. Und dort liegt ja auch das Thema, das hier auch schon angeschnitten wurde, dass die lokale Berichterstattung die Menschen interessiert. Wenn man sich mit den Menschen unterhält, dann sagen die immer, die Ostsee Zeitung habe ich nur noch wegen des Lokalinhaltes. Ja und davon kenne ich ganz viele, die das sagen, weil der Mantel irgendwo in Lübeck produziert wird und die sich wirklich nur für das interessieren, was lokal ist. Und genau das bedienen wir. Und wir wollten ja, wenn ich das noch kurz ausführen darf, wir hatten ja einen Vorschlag unterbreitet zur Entwicklung des Lokal TV und die Kosten haben Sie ja ganz kurz von Herrn Lingnau gehört. Das ist nicht unerheblich. Und da, sage ich noch mal, sind wir mit unseren Lohnkosten am unteren Level, da reden wir nicht über das, was sonst so in der Republik bezahlt wird. Das geht nur mit Geld. Und wenn ich das Publikum noch mehr informieren würde wollen, was ich wirklich gerne machen würde, brauche ich einfach mehr Geld. Und das kann ich bei uns im Land nicht generieren, weil es gibt keine Industrie. Gut, es gibt Industrie in Wolgast, die Peenewerft, mit denen bin ich seit Jahren im Austausch und bitte darum, dass sie uns vielleicht unser Sportmagazin finanzieren, dass die für ihre Produkte keine Werbung machen, das verstehe ich alles. Aber das wäre doch mal, aber da ist kein Interesse, leider. Und so zieht sich das fort und die ganzen großen Unternehmen, wie die Einzelhandelsunternehmen, die werden alle gesteuert aus irgendwo. Ich weiß gar nicht, wo die alle hocken, aber die Filialen bei uns vor Ort haben da überhaupt keinen Spielraum. Null. Ja, also das sind so diese Dinge, mit denen wir täglich kämpfen. – Danke schön!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Merkel! – Frau Enseleit.

Abg. **Sabine Enseleit**: Vielen Dank! Ja, ich möchte auch noch mal auf diese Zwangsabgabe zurückkommen, die Sie diskutiert haben. Ich glaube, wir sind uns ja alle einig, dass wir die Regional TV-Sender erhalten wollen. Steht also nur noch die Frage im Raum: Wie finanzieren wir das? Und das, was Sie jetzt dargestellt haben, scheint mir

relativ utopisch zu sein, denn dieser Anspruch auf diese Regionalfenster steht ja schon sehr lange im Medienänderungsstaatsvertrag und ist nie umgesetzt worden. Das heißt, meines Wissens haben die auch geklagt, die privaten Sender und nach meinem Verständnis auch zu Recht, weil man nicht private Unternehmen zwingen kann, eine Leistung zu erbringen, für die sie nicht, also wo keine auskömmlichen Einnahmen vorgesehen sind. Sie haben es dargelegt, wie der Werbemarkt derzeit aussieht. Dann werden die wahrscheinlich eher ihre Programme einstampfen, als dass die da irgendwie was bezahlen. Deswegen wäre jetzt meine Frage, wir haben ja ein paar Vorschläge gehört, was man machen könnte zur Finanzierung. Der Vorschlag mit der Erhöhung der Rundfunkabgabe, also der GEZ-Abgabe, des Anteils, wäre ja, finde ich, eine ganz interessante Lösung. Es gibt aber auch andere Bundesländer, wie Baden-Württemberg beispielsweise, die auch ein Modell gefunden haben, was funktioniert. Wir sind ja jetzt auch in der Situation, dass es den Regional TV-Sendern nicht besonders gut geht, wenn ich das verstanden habe, sodass wir eigentlich eine relativ schnelle Lösung brauchen und wir jetzt nicht noch Medienänderungsstaatsvertrag nach dem nächsten irgendwie diskutieren können. Deswegen wäre jetzt meine Frage an Sie, erstens: Wie ernsthaft ist es Ihnen mit diesem Vorschlag, dieser Zwangsabgabe? Zweitens: Inwieweit sind Sie in Gesprächen mit den verschiedenen Playern und mit der Staatskanzlei, um tatsächlich da eine Lösung zu finden, die jetzt zeitnah auch den Regional TV-Sendern helfen würde? Vielen Dank!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Enseleit! – Herr Lingnau.

Bert Lingnau: Ja, vielen Dank für die Nachfrage! Der Vorschlag ist utopisch, aber ich habe bewusst verschiedene Vorschläge gemacht, damit Sie sozusagen nachdenken können, was es für verschiedene Möglichkeiten gibt. Die schnellste und unkomplizierteste und auch am besten umsetzbare Möglichkeit, um das Lokal TV zu unterstützen, ist schon gemacht worden mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2024/2025. Wenn Sie sich dunkel erinnern, da sind Mittel, 300.000 Euro Landesmittel für dieses Jahr und für nächstes Jahr eingestellt worden, aus meiner Sicht zu wenig, aber es sind 300.000 Euro, der Landeshaushalt hat ja auch andere Aufgaben, die über die Medienanstalten direkt ab diesem Jahr, es ist noch nicht erfolgt, weil wir da noch sozusagen in der Endabstimmung der rechtssicheren Ausreichung sind, ab diesem Jahr an die

Lokal TV-Veranstalter fließen. Wir kriegen von denen aber auch immer die Rückmeldung, es gehen ja jetzt nicht 300.000 Euro an einen Veranstalter, sondern es gehen 300.000 Euro an sieben, acht oder neun Veranstalter. Das ist sozusagen, ich weiß nicht, ob ich das zitieren darf, das ist zum Sterben zu wenig und zum Leben zu viel. Das sichert gerade so den Fortbestand, aber wahrscheinlich auch nicht auf Dauer. Es wird tatsächlich, das wird Ihnen in den nächsten Monaten auch auf die Tische flattern als Landtagsabgeordneter, das Rundfunkgesetz Mecklenburg-Vorpommern, überarbeitet, groß überarbeitet, umfangreich überarbeitet. Und es ist da auch eine gesetzliche Regelung in der Diskussion, in der Absprache, die sich an Baden-Württemberg orientiert. Baden-Württemberg, nur zu den näheren Informationen, auch dort gibt es Lokal TV-Veranstalter, die seit 2020 durch eine im dortigen Landesmediengesetz verankerte Regelung mit Landesmitteln unterstützt werden, die staatsfern, nicht 12 Millionen, die staatsfern über die dortige Medienanstalt ausgereicht werden. Das sind für Baden-Württemberg 4,2 Millionen Euro im Jahr. Das ist eine utopische Summe, die wir hier nicht erreichen werden. Die wollen die auch gar nicht haben. Also so gierig, in Anführungsstrichen, sind sie nicht, sondern sie wären schon mit einer etwas höheren Summe von 300.000 Euro zufrieden. Das müssen wir sehen, was im Landeshaushalt diskutierbar ist, das halte ich tatsächlich für die realistischste und schnellste umsetzbare Lösung. Darf ich Ihnen aber auch noch die beste Lösung meiner Ansicht nach skizzieren? Die beste Lösung wäre tatsächlich, dass Sie nachdenken über das Schweizer Modell, das sozusagen Rundfunkbeiträge, in der Schweiz heißt es Rundfunkabgabe, möglicherweise auch in einem gewissen Teil den kleinen, lokalen, privaten Veranstaltern zugutekommt, die das nicht sozusagen umsonst und für Dienstwagen bekommen, sondern die müssen dafür Leistung erbringen. Die müssen täglich sozusagen Programm erzeugen, Programm abliefern aus der unmittelbaren Umgebung, in der sie leben. Das sind in der Schweiz im Augenblick ungefähr vier bis sechs Prozent der dortigen Rundfunkabgabe, die an diese kleinen, lokalen, privaten Medienanbieter abgeführt werden. Das wäre aus meiner Sicht eine staatsferne Finanzierung. Da würden keine Landesmittel hineinfließen, sondern es wären eben Rundfunkbeiträge in Deutschland, in der Schweiz Rundfunkabgabemittel. Aber auch utopisch, aber die Beste. Man darf ja auch mal träumen.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Lingnau! – Herr Merkel.

Heinz Fritz Max Merkel: Ich möchte es auch noch mal ergänzen. Es geht uns hier nicht darum, dass wir hier gepampert werden und dass wir in die Welt gucken, uns freuen, dass wir genug Geld haben, sondern wir wollen dafür auch arbeiten. Also ich wollte noch nie Geschenke, ich wollte immer nur Unterstützung, dass wir weiterkommen, weil das für die Region einfach wichtig ist. Gerade im ländlichen Raum, das wissen Sie alle, ist es ganz perfekt, wenn da irgend so was unterwegs ist wie eine kleine TV-Station. Und dieses Modell der Schweiz, das ist weit, weit weg von uns. Aber das was wir gedacht haben, wie ähnlich in Baden-Württemberg, das ist ja genauso. Sie kriegen 50 Prozent Ihrer Kosten und die anderen 50 Prozent müssen Sie sich selber erarbeiten. Und die gibt der Markt auch her, aber eben keine 100 Prozent. Und wenn wir dahin kommen würden, dann wäre uns sehr geholfen. Und das wäre dann auch der Zeitpunkt, wo ich sagen könnte, so, jetzt gehe ich in Rente, weil ich werde nächstes Jahr im Januar 70 und irgendwann muss ich das mal tun. – Danke schön!

Vors. **Ralf Mucha:** Schönen Dank, Herr Merkel! Eine Nachfrage, Frau Enseleit? – Dann gerne die Nachfrage.

Abg. **Sabine Enseleit:** Danke schön! Vielen Dank für Ihre Ausführungen! Ich hätte dann tatsächlich noch mal eine Nachfrage zu dem Schweizer Modell, weil Sie sagen, das sei utopisch. Warum glauben Sie, es ist utopisch und was müsste getan werden, um das auszuräumen?

Vors. **Ralf Mucha:** Schönen Dank, Frau Enseleit! – Herr Lingnau.

Bert Lingnau: Ja, das setzt eine Änderung des Rundfunkverteilungssystems, sage ich mal, in Deutschland voraus. Es gibt ja den Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag, der von allen 16 Bundesländern beschlossen wird, ratifiziert werden muss und dort, das flattert Ihnen auch regelmäßig auf die Tische, wenn es um die Erhöhung oder Veränderung der Rundfunkbeiträge geht, könnte man was machen. Man könnte dort reformulieren, dass eben die Rundfunkbeiträge anders aufgeteilt werden. Aber es müssten sich erst mal die 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und dann die 16 Landtage darauf einigen. Das halte ich derzeit für utopisch.

Vors. **Ralf Mucha:** Schönen Dank, Herr Lingnau! – Dann Frau Oehrich.

Abg. **Constanze Oehrich**: Danke schön, Herr Vorsitzender! Herr Lingnau, Sie haben ja hier noch mal auf die Problematik der fehlenden Sendung von Regionalfenstern hingewiesen in den ostdeutschen Bundesländern. Vielen Dank noch mal, dass Sie darauf noch einmal aufmerksam machen. Welche konkreten Möglichkeiten sehen Sie denn durch eine Änderung der Rechtslage, da etwas zu bewirken? Also klar, Medienänderungsstaatsverträge, da müssen 16 Bundesländer zustimmen. Wie könnte man sozusagen da auf eine Meinungsänderung hinarbeiten, durch welche Schritte, welche weiteren Wege gibt es noch? Ich habe mir diese Protokollerklärung angesehen und gedacht: Ja, da ist von Bemühungen die Rede um Maßnahmen zur Sicherung regionaler und lokaler Medienvielfalt und um ein zukunftsfähiges Medienkonzentrationsrecht. Was genau ist da angesprochen? Also welche Schritte gibt es jetzt doch eigentlich? Was kann man jetzt noch tun?

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Oehrich! – Herr Lingnau.

Bert Lingnau: Ja, den wirklich konkretesten Schritt habe ich eben schon versucht zu skizzieren, dass die Landesgesetzgebung – Sie – das Rundfunkgesetz dementsprechend ändern, um, wenn Herr de Jesus Fernandes sozusagen sich durchsetzen würde, aus LOTTO MV-Mitteln möglicherweise oder aus Landesmitteln oder wo auch immer her Mittel für die Lokal TVs zur Verfügung stellen könnte, das halte ich tatsächlich für realistisch und am schnellsten umsetzbar, weil es da eben auch schon erste Gespräche mit der Staatskanzlei gibt. Wir sind mit Baden-Württemberg im Austausch, ich mit meinem Kollegen, dem dortigen Präsidenten der Landesmedienanstalt, lasse mir Erfahrungen schildern. Das könnte tatsächlich am schnellsten und praktikabelsten rechtskonform umgesetzt werden und könnte dann, ich sage jetzt mal eine Prognose, möglicherweise ab 2026 greifen. Wir haben ja jetzt für den Doppelhaushalt 2024/2025 diese jeweils 300.000 Euro als Übergangslösung. Herr Merkel wird, glaube ich, auch so lange durchhalten noch. Also auch wenn er dann 71 ist. Aber das ist sozusagen schon mal ein sehr positiver Anfang. Da kann ich sozusagen auch nur dem Landtag meinen Dank aussprechen, dass er den Doppelhaushalt im vergangenen Dezember so verabschiedet hat. Was müsste noch sozusagen passieren, um Lokal TV insgesamt oder die regionale Berichterstattung in Ostdeutschland, in Mecklenburg-Vorpommern zu stärken? Sie sollten möglicherweise verstärkt mal Kontakt zu Ihren Kollegen in den anderen Landtagen aufnehmen und sich verständigen zu dem Thema, weil das ist in

allen, zumindest Landesmedienanstalten in Ostdeutschland, übereinstimmende Meinung, dass was passieren muss. Wir haben in Sachsen zum Beispiel die Situation, dass dort noch sehr viel mehr Lokal TV-Veranstalter sind. Aber Herr Merkel hat vorhin die Zahl genannt, die werden nicht mehr, sondern werden auch weniger. Es gibt dort auch eine gesetzlich verankerte Regelung in dem dortigen Landesmediengesetz, dass auch Lokal TV unterstützt wird mit Landesmitteln, ausgereicht über die dortige Landesmedienanstalt, erst mal auf zwei Jahre befristet, also für 2023 und 2024. Das heißt, wenn Sie diesen Schritt hier gehen, betreten Sie kein Neuland, sondern das machen schon einige Bundesländer. Baden-Württemberg zum Beispiel macht es, Berlin, Brandenburg macht es, Sachsen macht es, Bayern macht es in anderer Form. Da kommt möglicherweise die Zahl auch her, Herr Fernandes, von diesen 12 Millionen. Also Bayern unterstützt seine Lokal TV-Veranstalter mit höheren Mitteln als alle anderen jeweiligen Bundesländer, nicht zusammen, aber als alle anderen Bundesländer. Also, dass Sie versuchen, das gibt die Protokollerklärung ja auch her, als ostdeutsche Landtage stärker in diese Richtung mit einer Stimme zu sprechen.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Lingnau! – Herr – zurückgezogen, gut. Weitere Wortmeldungen kann ich nicht erkennen. Dann schließe ich die Sitzung, bedanke mich bei den Anzuhörenden, die uns heute zur Verfügung gestanden haben, und wir treten in eine zehnminütige Pause ein.

Ende der Sitzung: 9:53 Uhr



Ad/Au



Ralf Mucha

Vorsitzender